

## REALITÄTSCHECK: DIE KLIMAKONFERENZ IN KOPENHAGEN

7. bis 18. Dezember 2009

### Konferenzverlauf

Die Konferenz wurde anfangs von der früheren dänischen Umweltministerin und designierten EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard geleitet. Nach deren Rücktritt am 16. Dezember übernahm Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen die Verhandlungsleitung, die er seinerseits am letzten Gipfeltag abgab. Verhandlungsleitung und Organisation der Konferenz wurde aus Teilnehmerkreisen unter anderem als *chaotisch* und *überfordert* beschrieben.[\[30\]](#)

Während der Konferenz eskalierte der Konflikt mit den Entwicklungsländern, nachdem unter dem Titel *Danish text* ein internes Verhandlungspapier bekannt wurde, welches den Entwicklungsländern geringere CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte zugestehen wollte.[\[31\]](#)

Als wesentlich für das Scheitern gilt die mangelnde Einigung zwischen China und den USA. Während der Konferenz versuchte Präsident Obama Zeitungsmeldungen zufolge, eine nächtliche Kompromissformulierung in direkten Verhandlungen mit dem chinesischen Premierminister Wen Jiabao zu erreichen und traf Wen in einer Runde mit den Regierungschefs von Indien, Brasilien und Südafrika an.[\[33\]](#)

Nach einer ersten Abstimmung und einer spätabends improvisierten, rein amerikanischen Pressekonferenz reisten Obama wie auch Bundeskanzlerin Merkel ab, ohne dass die amerikanisch-chinesische Kompromissformel mit weiteren Verhandlungsteilnehmern etwa aus Europa abgestimmt worden wäre.[\[34\]](#) Im anschließenden Plenum wurde diese verworfen, auch die chinesische Seite rückte von der amerikanischen Erfolgsmeldung ab. Dabei drohten Bolivien, Venezuela, Nicaragua, Sudan und Saudi-Arabien mit einem Veto, was den Konferenzabbruch ausgelöst hätte.[\[35\]](#) Im Gegensatz zum äthiopischen Präsidenten Meles Zenawi, der das vorgelegte Kompromisspapier für akzeptabel hielt, löste Lumumba Di-Aping, der sudanesishe Chefunterhändler der Gruppe der 77, einen Eklat aus. Der Diplomat sagte im Plenum, die Umsetzung würde Millionen Menschen das Leben kosten. Er verglich zudem die Weigerung der Industriestaaten, den Entwicklungsländern ohne weitere Vorbedingungen umfangreiche Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels zur Verfügung zu stellen, mit dem Völkermord an den europäischen Juden, was von mehreren Seiten empört zurückgewiesen wurde.[\[36\]](#) Es gelang Zeitungsangaben zufolge einigen Teilnehmern, unter anderem dem Briten Ed Miliband eine weitere Eskalation zu vermeiden, Di-Aping in die Schranken zu verweisen und zu einem Konferenzabschluss zu kommen.[\[35\]](#)

### Interessen der Teilnehmer

Die Teilnehmerstaaten hatten aufgrund ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen auch unterschiedliche Verhandlungsziele. In den USA wurde das nationale Klimaschutzgesetz gerade im Senat diskutiert; das Land ist in Fragen der Klimapolitik tief gespalten.[\[12\]](#) Zwar kann die Regierung neuerdings auch ohne den Senat die Emissionen von Treibhausgasen regulieren,[\[13\]](#) doch sucht US-Präsident Barack Obama zur Vermeidung massiver innenpolitischer Widerstände nach einer gesetzgeberischen Lösung unter Einbindung des Senats.[\[14\]](#) Die bisher nicht von den Reduktionsverpflichtungen betroffenen Staaten mit großem Wirtschaftswachstum, wie Indien und die Volksrepublik China, sahen das Ziel in einer Fortschreibung des Kyoto-Protokolls, wollten aber verhindern, dass sie selbst verbindliche Zugeständnisse machen müssten (am Beispiel Indien siehe:[\[15\]](#)). Weitere Schlüsselrollen im Verhandlungsprozess wurden einzelnen EU-Ländern zugeschrieben. Bereits im Oktober 2009 auf der

Konferenz von Bangkok hatten die Entwicklungs- und Schwellenländer unter chinesischer Führung den Industriestaaten vorgeworfen, eine mögliche Einigung in Kopenhagen auf Kosten der ärmeren Staaten zu sabotieren.[16]

5 Im Umfeld der Konferenz waren eine Vielzahl von Umweltschutzorganisationen und NGOs beteiligt. Seitens der Umweltorganisation Greenpeace, die als Beobachter bei der Konferenz akkreditiert war, wurde im Rahmen eines Galadiners im Beisein der dänischen Königin unter dem Motto *Politiker reden, Führer handeln* die nicht weiter spezifizierte Forderung nach einem „bindenden und ehrgeizigen“ Verhandlungsabschluss überbracht.[17] Demgegenüber wurden auch kontroverse Meinungen zum aktuellen Umgang mit dem Klimawandel sowie zu möglichen Lösungsvorschlägen geäußert, wie etwa von 10 Survival International, einer NGO für indigene Völker, der zufolge einige Gegenmaßnahmen zum Klimawandel wie Biokraftstoffe, Wasserkraftwerke und Schutzmaßnahmen für bestimmte Urwaldtypen für indigene Völker deutlich negative Folgen haben.[18]

### **Ergebnisse**

15 Die Vereinten Nationen haben weder das Ziel aus der *Bali roadmap* erreicht, in Kopenhagen eine völkerrechtlich verbindliche Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden, noch das oft im Vorfeld der Konferenz in Kopenhagen genannte Ziel einer Selbstverpflichtung zur Halbierung des globalen Kohlendioxid ausstoßes bis zum Jahre 2050. Das zentrale Abschlussdokument, der „*Copenhagen Accord*“, ist rechtlich nicht bindend[40][41], enthält aber als Minimalkonsens erstmals das konkrete Ziel, die Erderwärmung auf weniger als 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu 20 begrenzen. Wie dies erreicht werden kann, blieb aber weiter ungeklärt. Die Delegierten einigten sich weder auf konkrete Ziele für die Verringerung der Treibhausgase noch auf einen Fahrplan für das weitere Vorgehen.

Der *Copenhagen Accord* kann jedoch von allen Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention unterzeichnet werden. Seine wesentlichen Inhalte: Die Erderwärmung soll auf weniger als 2 Grad Celsius 25 begrenzt werden. Dafür sind „tiefe Einschnitte bei den Emissionen“ nötig; verbindliche Ziele zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen gibt es aber nicht. Stattdessen sollen die Industriestaaten bis Ende Januar 2010 ihre jeweiligen Reduktionsziele bis zum Jahr 2020 in einen Anhang I eintragen; die Einhaltung dieser Selbstverpflichtungen soll ebenso wie die finanzielle Unterstützung von armen Ländern den Richtlinien der Vertragsstaatenkonferenz entsprechend international überwacht werden. Die Nicht- 30 Industriestaaten sollen, ebenfalls bis Ende Januar 2010, ihre Aktivitäten zur Verringerung der Erderwärmung in einem Anhang II eintragen, der alle zwei Jahre aktualisiert wird. Sie können die Einhaltung selbst überwachen und müssen die Ergebnisse mitteilen; von den Industriestaaten finanzierte Maßnahmen werden aber wie die Maßnahmen der Industriestaaten international überwacht. Für diese Maßnahmen – zu denen ausdrücklich auch der Schutz der Wälder gehört – und für die Anpassung an die 35 Folgen des Klimawandels in armen Ländern stehen im Zeitraum 2010 bis 2012 30 Milliarden US-\$ zur Verfügung, ab 2020 sollen es 100 Milliarden US-\$ pro Jahr sein. Das Geld soll weitgehend über einen neu zu gründenden „Copenhagen Green Climate Fund“ verteilt werden. Die Umsetzung dieser Vereinbarung soll im Jahr 2015 überprüft werden; dann soll auch geprüft werden, ob das langfristige Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius abgesenkt werden muss.

40 Gekürzte und überarbeitete Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz\\_in\\_Kopenhagen](http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz_in_Kopenhagen) [18.09.2010 16:50] und die dort angeführten Autor/innen.

Materialien von Wikipedia stehen unter CC Lizenz: BY-SA-3.0:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Lizenzbestimmungen\\_Commons\\_Attribution-ShareAlike\\_3.0\\_Unported](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Lizenzbestimmungen_Commons_Attribution-ShareAlike_3.0_Unported)